

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 18.

Leipzig, den 2. Mai.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gainsstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Volkrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition J. W. Grelmann Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika &c. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Noch ein Preussischer Spion. — Der enthüllte Kossuth. — Die Arbeiterunruhen in Belgien. — Zur Weberfrage. — Aus England. — Vermischtes.

Politische Uebersicht.

Bisher: Friedensbetheuerungen und Kriegsrüstungen; jetzt: Entwaffnung und — Kriegsrüstungen. Der Widerspruch wird immer unlösbarer. Natürlich, Entwaffnung nur zum Schein. Preußen, das den Verdacht kriegerischer Absichten um jeden Preis vermeiden muß, macht den Anfang. Es entläßt eine Anzahl ausgedienter Soldaten und — zieht Rekruten dafür ein. Genau so „entwaffnete“ Frankreich unmittelbar, ehe es 1859 über Oesterreich herfiel. Jedenfalls ist die Entwaffnungsfrage in erster Linie auf der Tagesordnung. Und zwar hat der Französische Kaiser sie darauf gesetzt. Es ist eine Eigenthümlichkeit des Cäsarismus, die auch der „National-liberalismus“ angenommen hat, daß er sich gut klingender Worte bemächtigt und ihren Sinn umdreht. Wenn er die Freiheit unterdrückt, geschieht es im Namen der Freiheit; wenn er Nationen knechtet, hat er das Nationalitätsprinzip im Mund; wenn er den Krieg vorbereitet, thut er es aus Friedensliebe; wenn er die Bewaffnung auf die Spitze treibt, nennt er es Entwaffnung. Entwaffnung ist das neueste Wort des Cäsarismus. Möge es sein letztes sein! Das napoleonische Frankreich führt bekanntlich nur für „Ideen“ Krieg. Und welche schöne „Idee“ könnte es für die soldatengeplagten Völker jenseits und diesseits des Rheins geben, als die „Idee“, die in dem Worte Entwaffnung liegt? „Entwaffnung“, das klingt tausendmal besser, als „Befreiung Italiens bis zur Adria“. Und noch ein paar andere schöne „Ideen“ hat Napoleon auf Lager, z. B. „die Wiederherstellung Polens“, die seit Kurzem gar lebhaft in Paris gepredigt wird; und ferner die Annexion Luxemburgs, deren Vorzüge eine besonders dazu begründete Zeitung den Franzosen herauszustreichen hat.

Mittlerweile studirt der Kaiser mit Marschall Niel Kriegswissenschaft — Alles um des lieben Friedens willen; und Plonplon bereist Italien, wobei ihm der Preussische Kronprinz Konkurrenz macht. Welcher von beiden dort in der Menschenfischei am glücklichsten ist, das wird die nächste Zukunft uns zeigen. Der Notze Prinz hat deshalb die meisten Chancen, weil sein Vetter die arme Italia fest bei der Gurgel gepackt hält. —

Und nun zur vaterländischen Politik.

Einem Dellämpchen gleich, das vor dem Verlöschen noch einmal aufflackert, hat das Norddeutsche „Reichsparlament“ vor seiner Vertagung sich zu einer „That“ emporgerafft und den Miquel'schen Antrag zum Bundesschuldengesetz mit 131 gegen 114 Stimmen angenommen. Wenn die Nationalliberalen, die für den Antrag stimmten, mit ihrem Liberalismus prahlen und das „Prinzip“ der Finanzkontrolle „gewahrt“ zu haben behaupten, so ist das eine lächerliche Renommance, denn gerade die Herren Nationalliberalen waren es, die dieses „Prinzip“ durch die Feststellung des Militärbudgets auf Jahre hinaus verrathen und den „Reichstag“ jeder Macht entkleidet haben. Uebrigens ist es den Leuten bereits angst und bang geworden, und sie sinnen schon darüber nach, in welcher Form sie der Regierung die gewünschten Gelder bewilligen können, ohne sich allzusehr in's Gesicht zu schlagen. Noch mehr Schmerz indeß als dieser „Sieg“ verursacht den Nationalliberalen das Auftreten ihres Gözen Bismarck, der mit solcher Rücksichtslosigkeit den parlamentarischen Fliederkram zerzauste und seine junkerliche Verachtung für den Constitutionalismus so ungenirt zur Schau trug, daß die arme „Nationalzeitung“ wehklagend ausruft: „wie soll den Süddeutschen eine Geneigtheit, in den Bund einzutreten, kommen, wenn der erste Bundesbeamte so reaktionäre Reden hält?“ Die gute „Nationalzeitung“ möge sich trösten; an den Süddeutschen war nichts mehr zu verderben; sie hatten längst ihre Partie ergriffen, und wenn der Herr Bundeskanzler auch die freisinnigste Rede gehalten, mit den kräftigsten Schlagwörtern der Demokratie um sich geworfen hätte, so würden sie von dem Norddeutschen Sonderbund keine bessere Meinung hegen, als jetzt.

Das „Zollparlament“ ist am Montag eröffnet worden. In der Thronrede finden sich zwar die üblichen Verwechslungen der Wörter: Deutsch und Preussisch, aber im Hinblick auf Frankreich hat man ihr im Uebrigen einen sehr bescheidenen Ton gegeben und alle vollparlamentarischen Anspielungen sorgfältig vermieden. Bis auf Weiteres wird das „Zollparlament“ die für das Ausland harmlosen, für das Deutsche Volk mit Ausnahme der Deutsch-Oesterreicher dagegen um so bedenklicheren Funktionen eines großartigen Geldschöpfapparats zu verrichten haben. —

Da die Herren Waldeck, Löwe, Schulze und Compagnie noch immer die Fiktion einer „Fortschrittspartei“ aufrecht zu erhalten suchen, sieht sich die „Zukunft“ veranlaßt, ihnen ernstlich auf den Leib zu gehen. Sie schreibt:

Wir finden es vollkommen verständlich, wenn man — wie dies

der freimüthige Nationalliberalismus thut — offen ausdrückt, daß man trotz aller Liebe für ein freibeitliches Staatsleben und trotz langjähriger Theilnahme am Verfassungskampfe die dem bekämpften Ministerium gelungene Erweiterung der preussischen Staats- und hohenzollernschen Hausmacht doch noch höher stelle, als Freiheit und Verfassung, und daß man zum Zweck der Befestigung und Ausdehnung dieser Macht von der weiteren Fortführung des Verfassungskampfes Abstand nehmen und keinerlei Forderungen stellen und Beschlüsse fassen wolle, welche neue Konflikte zwischen der Regierung und Volksvertretung zur unmittelbaren Folge haben könnten. Diesen Standpunkt verwerfen und bekämpfen wir zwar, aber wir verstehen ihn wenigstens

Ganz anders geht es uns jedoch gegenüber der Fortschrittspartei. Während der Nationalliberalismus sich offen von uns losgesagt hat und die unsererseits angeregte Parteiorganisation billigt, beobachten die Wortführer der Fortschrittspartei über ihre Stellung zu dem Standpunkte Jacoby's ein peinliches Schweigen und zwar in der unverkennbaren Absicht, die Bildung einer demokratischen Partei womöglich zu verhindern oder doch wenigstens zu verzögern. Wir meinen, wo zwei einander so handgreiflich widersprechende Thatsachen vorliegen, wie die Budgetbewilligung Seitens der Fortschrittspartei und die Budgetverweigerung Seitens des Abg. Jacoby, da sei jede Mühe des Vertuschens vergeblich, und sollte kein ehrlicher Mann zögern, energisch Partei zu ergreifen, für oder wider. Oder sollte es in der Fortschrittspartei wirklich Mitglieder geben, die bei einigermaßen klarer Ueberlegung die unermessliche Kluft nicht erkennen, welche unter den obwaltenden Verhältnissen zwischen der Bewilligung und der Verweigerung des Budgets liegt? Das halten wir beinahe für unmöglich. Was soll es also heißen oder nützen, den Glauben an eine Einigkeit aufrecht zu erhalten, die in Wahrheit längst nicht mehr vorhanden ist?

Daß die fortschrittlerischen Phrasenhelden durch ihr Gebahren die Bildung einer demokratischen Partei verhindern wollen, unterliegt keinem Zweifel; als Vertreter des Bourgeois thums im Herzen der Demokratie feindlich, wären sie, sobald diese sich in Preußen als Partei organisiert hat, gezwungen, die demokratische Maske fallen zu lassen, durch welche sie noch immer einen Theil des Publikums zu täuschen verstehen. Das fühlen sie. Zum Glück steht es nicht in ihrer Macht, die jetzt vor sich gehende Partei-Entwicklung zu hemmen; das Volk kommt zur Erkenntniß, und in Kurzem werden die Dinge so weit gediehen sein, daß die Fortschrittler entweder von der politischen Bühne abtreten, oder neben den, von ihnen so arg geschmähten Nationalliberalen Platz nehmen müssen. —

Trabert hat freigelassen werden müssen! Schwere Niederlage der Preussischen Polizeiwirtschaft. Diese neueste Stieber'sche „Verschwörung“ ist gleich allen früheren in überreichen Rauch ausgegangen, und die nationalliberalen Zeitungschreiber (mit dem offiziellen Preßgestindel, das nur maschinenmäßig dem Befehl von oben folgt, haben wir hier nicht abzuzählen) — und die nationalliberalen Zeitungschreiber, die den unschuldig Gefangenen bis in den Kerker mit ihren niederträchtigen Denunziationen verfolgten und eine Allianz zwischen der deutschen Volkspartei und den depossedirten Fürsten entdeckt haben wollten, stehen als verlegne Buben entlarvt vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung. —

In Oesterreich, dem Baustein, den die nationalliberalen Baumeister Deutschlands verworfen haben, scheint man nun auch in der volksthümlichen Umgestaltung des Heeres den Gegensatz zu den Rückschritten der preussischen Heeresgestaltung liefern zu wollen. Wieder sind es die Ungarn, welche den deutschen Oesterreichern den Weg zeigen, und die neue österreichische Einrichtung wird dann eine treffliche Gelegenheit bieten, die Wahrheit des Satzes vom „deutschen Verufe Preußens“ an einem Vergleiche, wie von Berlin und von Wien aus regiert wird, zu prüfen.

Im Club der Linken des österreichischen Abgeordnetenhauses ist der Antrag von Sturm angenommen worden: „Das neue Wehrgesetz ist unbeschadet des Rekrutenbewilligungsrechts der Volksvertretung auf das Prinzip der allgemeinen

Wehrpflicht mit Gestattung der Stellvertretung und mit der Verpflichtung des Eintritts der Freigelassenen in die Landwehr zu basiren. Die Präsenzzeit so wohl als die Dienstzeit soll eine möglichst kurze sein“. Bei dem Einfluß, den der Club der Linken im Hause hat, ist an der Annahme dieses Antrags Seitens der Volksvertretung kaum zu zweifeln.

Der ungarische Grundsatz der Trennung des Herres in ein Thronheer und ein Volksheer, und der Verlegung des Schwerpunkts in das letztere, wird damit im Wesentlichen adoptirt. Nur ein Schritt noch: daß anstatt des durch Loos und Mittellosigkeit geübten Zwanges zum Eintritt in das stehende Heer, die freie Werbung den Stamm für das Heer bildet, und die Forderungen der Demokratie nach einer volksthümlichen Wehrverfassung sind erfüllt — zuerst in Oesterreich! Aber auch schon die Verwirklichung der angedeuteten Grundsätze würde durch die weitgehende Einschränkung des lang dauernden, abstumpfenden Militärdienstes, durch Erhaltung der produktiven Arbeitskräfte, und durch die materiellen Garantien, welche eine so zusammengesetzte Landwehr der Verfassung bietet, von weittragender Bedeutung sein. Damit giebt die Regierung die Macht, überhaupt Reaktion zu treiben, aus der Hand, und die Verfassung wird mehr, als „ein Stück Papier“. Bereits sollen die Minister von Beust (auch „so ein süddeutscher Reaktionsär“, nach Auffassung des Herrn von Bismarck) und von Taase nach Ofen gereist sein, um die Annahme beim Kaiser zu besürworten. —

Aus der Schweiz gute Nachrichten. Wie im Canton Zürich hat auch im Canton Thurgau die demokratische Bewegung gefiegt, und das Volk sich das Recht, seine eignen Angelegenheiten direkt zu verwalten, friedlich, durch Abstimmung erkämpft. —

Der Rumänische Klein-Hohenzoller hat sein Land bereist, um sich aus eigener Anschauung zu vergewissern, ob und in wie weit Judenverfolgungen vorgekommen sind. Als Ergebnis läßt er der Welt verkünden, „eine eigentliche Verfolgung habe nirgends stattgehabt, nur einige vereinzelte Fälle hätten nachgewiesen werden können.“ Gleichzeitig wird telegraphisch mitgetheilt, daß die Consule von Frankreich, Oesterreich und sogar Preußen allerdings flagranten Judenverfolgungen konstatairt haben. Wer lügt da? Oder waren die „flagranten Verfolgungen“ etwa keine „eigentlichen“? Und wo fangen denn die „eigentlichen“ Verfolgungen an, und hören die uneigentlichen auf? —

In Spanien ist der Blut- und Eisenmann Narvaez gestorben. Die Dynastie wird ihm wohl bald nachfolgen. —

In England ein Fenier zum Tode verurtheilt; in Australien ein Sohn der Englischen Königin von einem Fenier in den Rücken geschossen — der ungesegnete Mord als Antwort auf den gesegneten! Auch in Irland werden die Fenier wieder sehr unbequem; und die unbestreitbare Thatsache, daß nur der Furcht vor ihnen der Beschluß des Parlaments gegen die Irische Staatskirche zu danken ist, kann ihrer Bewerthung nur frische, nachhaltige Kraft verleihen.

Ein Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe ist von dem Englischen Parlament mit großer Mehrheit verworfen worden; dagegen hat es den Beschluß gefaßt, die Todesstrafe künftig geheim vollziehen zu lassen. Es schämt sich also offenbar seiner Liebe zum gesegneten Mord.

Aus Abyssinien wird ein „großer Sieg“ gemeldet; die Engländer haben Magdala, die Hauptstadt des Königs Theodor „gestürmt“, wobei dieser auf die eine oder andere Weise getödtet wurde. Die Eingebornen hatten 500 Tote

und 1400 Verwundete; und 14,000 Mann, ihre ganze Armee, ist gefangen. Der Verlust der Engländer beläuft sich auf — 15, schreibe fünfzehn, Verwundete — Keiner todt! Wenn man bedenkt, daß Magdala eine sehr starke Bergveste ist, daß König Theodor die gefangenen Europäer, zu deren Befreiung die Engländer angeblich ausgezogen waren, vor dem „Sturm“ sämmtlich freigegeben hatte, und daß vorher auch nicht ein Akt der Feindseligkeit von Seiten der Abyssinier ausgeübt worden, so ist die Vermuthung fast unabwieslich, daß hier ein scheußliches Verbrechen vorliegt, und daß die Engländer Magdala nicht „gestürmt“, sondern in die unvertheidigte Stadt eingedrungen, und die an Gegenwehr nicht denkenden Abyssinier kalten Bluts niedergemetzelt haben. Blut mußte ja fließen. Sonst hätte man die 40 Millionen Thlr., welche die Expedition kostet, umsonst ausgegeben und wäre am Ende noch ausgelacht worden! Sogenannten „halbbarbarischen“ Völkern gegenüber halten die Engländer Alles für erlaubt, wie ihre Schandthaten in Indien, China und jüngst in Jamaika zeigen.

Den Arbeitern und Volksvereinen empfehlen wir dringend eine Schrift des bekannten Schriftstellers Joh. Phil. Becker in Genf, betitelt: Die Internationale Arbeiter-Association und die Arbeitseinstellung in Genf im Frühjahr 1868. Die sehr umfangliche Broschüre kostet nur 2 1/2 Sgr. und sind Bestellungen hierauf an die Redaktion des Demokratischen Wochenblattes: Leipzig, Braustraße 11 zu richten.

Noch ein preußischer Spion.

Die Berliner „Zukunft“, welche die so betitelte Notiz in voriger Nummer des „Dem. Wochenblattes“ abgedruckt hatte, bringt nachstehende 2 Erklärungen:

Zur Widerlegung.

Mit Bezug auf eine aus dem „Leipziger Demokratischen Wochenblatt“ in Nr. 143. dieser Zeitung übergegangene Mittheilung sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ein Optikus Graf von mir weder beauftragt worden ist, über die demokratischen Vereine im Erzgebirge Bericht zu erstatten, noch daß derselbe jemals eine Geldzahlung von mir erhalten hat, noch daß ich demselben ein mit meinem Namen gestempeltes Eisenbahn-Freibillet zur Legitimation auf der Eisenbahn-Station Wiesenburg oder zu irgend einem anderen Zwecke ausgehellt habe. Es liegt hier, wie bei den meisten Mittheilungen, welche in neuerer Zeit von den welfisch-demokratischen Partei-Blättern über meine polizeiliche Thätigkeit gesiffentlich verbreitet werden, entweder ein grober Betrug oder eine absichtliche Entstellung der Wahrheit vor. Wiesenburg ist eine Station der sächsisch-bairischen Staatseisenbahn, für welche ein preußischer Beamter doch unmöglich Billets zur freien Fahrt ausstellen kann; selbst für preußische Eisenbahnen fehlt mir nach meiner amtlichen Stellung jede Kraft und Befugniß zu einer solchen Ausstellung. Es hätte also nur einer sehr geringen Vorsicht bedurft, um den hier vorliegenden Betrug sofort zu erkennen. Ebenso ist mir auch ein Bruder des Optikus Graf völlig unbekannt.

Berlin, den 27. April 1868.

Dr. Stieber,
Geheimer Regierungsrath.

Erklärung.

Gegenüber der „Widerlegung“ des Geheimen Regierungsraths Dr. Stieber in Nr. 146 der „Zukunft“ habe ich als Redakteur des „Demokratischen Wochenblattes“ Folgendes zu erklären:

1) Die Mittheilung über den als Spion gebrauchten Optikus Graf ist mir von Männern gemacht worden, deren ehrenhaften Charakter ich kenne, und die für ihre Aussage einstehen werden.

2) Daß Herr Dr. Stieber, jetzt Königl. Preussischer Geheimer Regierungsrath, Spione besoldet, weiß ich aus eigener Erfahrung; ich erinnere u. A. an den sogenannten „Kölner Kommunistenprozeß“. Auch der bestochene Kellner des Hotel de Baviere in Leipzig dürfte hierher gehören, um eines Beispiels aus der allerjüngsten Vergangenheit Erwähnung zu thun.

3) Daß der Optikus Graf ein mit dem Namen des Geheimen Regierungsraths Dr. Stieber gestempeltes Eisenbahnfreibillet im Besiß gehabt, fand ich allerdings etwas sonderbar; aber die durch den Eintritt Sachsens in den „Norddeutschen Bund“ bedingte „Bundesfreundlichkeit“ hat uns so manches „Entgegenkommen“ erleben lassen, daß ein durch Vermittlung des Königl. Preussischen Geheimen Regierungsraths Dr. Stieber beschafftes Freibillet auf einer Königlich Sächsischen Staatsbahn keineswegs zu den Unmöglichkeiten gehört.

Wenn endlich der Herr Geheime Regierungsrath Dr. Stieber auf den Popanz einer „welfisch-demokratischen Partei“ d. h. einer Allianz der deutschen Volkspartei mit den depössidirten Fürsten anspielt, so wäre das vor dem Mißlingen des Attentats auf Trarert allenfalls vom Nützlichkeitsstandpunkt aus zu entschuldigen gewesen; aber nach diesem Fiasko kann es nur als ein Beweis dafür gelten, daß auch das feinste Polizeiorgan mit dem Alter stumpf wird.

Berlin, 16 Charlottenstr., 30. April 1868.

W. Liebknecht,
Mitgl. des „Nordd. Reichstags und
des Zollparlaments“.

Der enthüllte Kossuth.

(Fortsetzung u. Schluß.)

Am 20. Januar 1858 tagte zu Aderbi in Circassien ein Kriegsgericht, das den „Mehemet Bey, früher Johann Banya d'Florfoloa, durch eigenes Geständniß und Zeugenbeweise des Landesverraths und geheimer Correspondenz mit dem Feinde (dem russischen General Philipson) überführt, einstimmig zum Tode verurtheilte, was ihn jedoch nicht verhindert hat, bis zu diesem Augenblicke ruhig in Constantinopel fortzuleben. In seinem dem Kriegsrath schriftlich eingehändigten Selbstgeständniß sagt Banya u. a.: „Meine politische Thätigkeit war ganz und gar vorgeschrieben von dem Chef meines Landes, Ludwig Kossuth. . . Mit Einführungsschreiben von meinem politischen Chef versehen, langte ich am 22. December 1853 zu Constantinopel an.“ Er ward dann, wie er weiter erzählt, Muselman und trat in den türkischen Dienst mit dem Rang eines Oberst. „Meine (von Kossuth ausgehenden) Instructionen empfahlen dringend, mich in einer oder der anderen Weise an solche Truppentheile anzuschließen, die mit Operationen an der Circassischen Küste beauftragt würden.“ Dort sollte er jede Theilnahme der Circassier an dem Krieg gegen Rußland zu verhindern suchen.

Er führte seinen Auftrag erfolgreich aus und sandte gegen Ende des Krieges von Constantinopel aus „einen detaillirten Bericht über den Stand Circassiens an Kossuth.“ Vor seiner zweiten, gemeinschaftlich mit den Polen unternommenen Expedition nach Circassien erhielt er von Kossuth den Befehl, mit bestimmt bezeichneten Ungarn, u. a. General Stein (Herbald Pascha) gemeinschaftlich zu wirken. „Capitain Franchini,“ sagt er, „der militärische Secretär des russischen Gesandten, war bei verschiedenen unserer Conferenzen zugegen. Der Zweck war Gewinnung Circassien's für die russischen Interessen, in friedlicher, langsamer, aber sicherer Weise. Bevor die Expedition Constantinopel verließ, (Mitte Februar 1857) erhielt ich Briefe und Instruktionen von Kossuth, der meinen Operationsplan billigte.“ In Circassien wurde der Verrath Banya's entdeckt durch Auffangen eines Briefs an den russischen General Philipson. „Gemäß meiner Instruction,“ sagt Banya, „hatte ich Verbindungen mit dem russischen General anzuknüpfen. Geraume Zeit konnte ich mich nicht zu diesem Schritt entschließen, aber endlich erhielt ich so ausdrückliche Ordres, daß ich nicht länger schwanken durfte.“

Die Verhandlungen des Kriegsgerichts zu Aderbi und namentlich Banya's Selbstgeständniß erregten große Sensation zu Constantinopel, London und New-York. Kossuth ward wiederholt und dringend, auch von ungarischer Seite, zu einer öffentlichen Erklärung aufgefordert, aber vergebens. Bis zu diesem Augenblick hat er das ängstlichste Schweigen über Banya's Mission in Circassien beobachtet.

Im Herbst 1858 haufte Kossuth durch England und Schottland Vorlesungen zu billigen Preisen gegen das österreichische Concordat und Louis Bonaparte. Den leidenschaftlichen Fanatismus, womit er die Engländer damals gewarnt hat vor den verrätherischen Absichten Louis Bonaparte's, den er als geheimen Verbündeten Rußland's zeichnete, mag man z. B. aus dem „Glasgow Sentinel“ (20. November 1858) ersehen. Als Louis Bonaparte Anfang 1859 seine italienischen Pläne verrieth, denunzirte Kossuth ihn in Mazzini's „Pensiero ed Azione“ und warnte „alle wahren Republikaner,“ Italiener, Ungarn, selbst Deutsche, sich nicht als Kagenpfoten von dem imperialistischen Quasimodo brauchen zu lassen. Februar 1859 vergewisserte Kossuth, daß Oberst Kis, Graf Teleky und General Klapha, seit längerer Zeit zur rothen Camarilla des Palais Royal gehörig, mit Plon-Plon Verschwörungspläne für die Insurgirung Ungarn's ausheckten. Kossuth drohte nun mit öffentlicher Polemik in der englischen Presse, falls er nicht auch in den „Geheimbund“ zugelassen werde. Plon-Plon war mehr als bereit, ihm die Thüren des Conclave zu öffnen. Mit einem englischen Paß, unter dem Namen Mr. Brown, reiste Kossuth Anfang Mai nach Paris, eilte in's Palais Royal, setzte seine Pläne zur Insurgirung Ungarn's dem Plon-Plon weitläufig auseinander. Der Rothe Prinz geleitete am Abend des 3. Mai im eignen Wagen den Ergouverneur zu den Tuileries, um ihn dort dem Retter der Gesellschaft vorzustellen. Während dieser Zusammenkunft mit Louis Bonaparte versagte die sonst so beredte Zunge, so daß Plon-Plon den Vorfürer spielen und Kossuth's Programm seinem Vetter gewissermaßen apportiren mußte. Kossuth hat später die fast wörtliche Treue der Plon-Plon'schen Verdolmetschung rühmlich anerkannt. Nachdem er der Auseinandersetzung seines Veters aufmerksam zugehört, erklärte Louis Bonaparte, seiner Annahme von Kossuth's Vorschlägen stehe nur Ein Hinderniß im Wege: Kossuth's republikanische Prinzipien und republikanische Verbindungen. Der Ergouverneur verschwor darauf feierlichst den republikanischen Glauben mit der Betheuerung, daß er weder jetzt Republikaner

sei, noch es je gewesen sei, daß politische Nothwendigkeit allein und eine sonderbare Verkettung von Umständen ihn zur Allianz mit der republikanischen Partei der europäischen Emigration gezwungen. Als Beweis seines Anti-Republikanismus bot er im Namen seines Landes dem Plon-Plon die ungarische Krone an. Diese Krone war damals noch nicht erledigt. Auch besaß Kossuth keine notarielle Vollmacht zu ihrer Verkennung, aber wer immer sein Auftreten im Ausland mit einiger Aufmerksamkeit beobachtet hat, wird auch wissen, daß er lange gewohnt war, von seinem „dear Hungary“ zu sprechen wie ein Krautjunker von seinem Landgut.)

Seine Verläugnung des Republikanismus halte ich für aufrichtig. Eine Civilliste von 300,000 Gulden, zu Pest beansprucht, um den Glanz der Exekutive aufrecht zu erhalten; die Patronage der Spitäler von einer österreichischen Erzherzogin auf seine eigne Schwester übertragen; der Versuch, einige Regimenter Kossuth zu taufen; sein Streben nach der Bildung einer Camarilla; die Fähigkeit, womit er in fremdem Lande den Gouverneurtitel festhielt, auf den er im Augenblick der Gefahr entsagt; sein ganzes späteres Auftreten, viel mehr das eines Prätendenten als eines Flüchtlings — alles das deutet auf Tendenzen, die dem Republikanismus fremd.

Nach der Republikanerthum-Verdacht-Abwaschung-Szene wurden Herrn Kossuth vertragemäßig 3 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. In dieser Stipulation lag an und für sich nichts Verfängliches, denn zur militärischen Organisation der ungarischen Flüchtlingsschaft waren Geldmittel erheischt, und warum sollte der Gouverneur von seinem neuen Allirten nicht mit demselben Recht Subsidien empfangen, womit alle despotischen Mächte Europa's während des ganzen Verlaufs des Anti-Jakobinerkriegs Subsidien von England empfangen? Als Vorschuß für persönliche Ausgaben erhielt Kossuth sofort 50,000 Franken und bedung sich außerdem gewisse pecuniäre Vortheile gewissermaßen eine Assuranz-Prämie, für den Fall eines vorzeitigen Abbruchs des Kriegs. Finanzieller Blick und melodramatische Empfindung schließen sich keineswegs aus. Traf Kossuth doch, wie sein Ex-Finanzminister Dushke wissen mußte, bereits während der ungarischen Revolution die Vorsichtsmaßregel, sich sein Gehalt, statt in Kossuthnoten, in Silber oder österreichischen Banknoten auszahlen zu lassen.

Bevor Kossuth die Tuileries verließ, kam man überein, daß er die angeblich „österreichischen Tendenzen“ des Derby-Ministeriums durch Eröffnung einer Neutralitätscampagne in England neutralisiren solle. Man weiß, wie die freiwillige Unterstützung von Wighs und Manchester-Schule ihn befähigte, diesen vorläufigen Theil des Vertrags mit dem größten Erfolg zu erfüllen. Eine lecturing Tour (Agitationsreise) von dem Mansionhouse in London bis zur Freetrade Hall in Manchester bildete die Antithese zur englisch-schottischen Rundreise im Herbst 1858, als er seinen Haß gegen Bonaparte und Oherbourg „the standing menace to England“ „die stehende Drohung gegen England“ zu einem Schilling per Kopf haufte.

Der größte Theil der ungarischen Emigration in Europa hatte sich seit Ende 1852 von Kossuth zurückgezogen. Die Aussicht einer Invasion der adriatischen Küste mit französischer Hilfe rief die meisten wieder unter seine Fahne. Seine Unterhandlungen mit dem militärischen Theil der neugewonnenen Parteigänger waren nicht ohne einen decembristischen Beigeschmack.

*) Daß solche Dinge ans Tageslicht gekommen, erscheint minder sonderbar, wenn man erwägt, daß hier mindestens zwei redselige Parteien im Spiel waren. Uebrigens wurden die Thatfachen während Kossuth's Anwesenheit zu London (im Spätsommer 1859) in englischen Blättern veröffentlicht.

Um ihnen eine größere Masse französischen Geldes zuweisen zu können, beförderte er sie zu höherem militärischem Rang, Lieutenants z. B. zum Rang von Majors. Zunächst erhielt jeder seine Reisekosten nach Wien, dann eine reiche Uniform (der Preis eines Majorcoftüls belief sich auf 1000 Thaler) endlich 6 Monat Vorschuß mit dem Versprechen der Pension für 1 Jahr nach dem Friedensschluß. Im Uebrigen waren die Gehalte nicht übertrieben 10,000 Frs. für den Obergeneral, (Klapka), 6000 Frs. für die Generale, 5000 für die Brigadiers, 4000 für Obrist-Lieutenants, 3000 für Majors u. s. w. Die zu Turin versammelte ungarische Militärkraft bestand fast ausschließlich aus Offizieren ohne Gemeine, und ich habe über diesen Punkt manche bittere Klage unter der „niedern“ ungarischen Emigration gehört.

General Moriz Perczel, wie schon erwähnt, zog sich mit einer öffentlichen Erklärung zurück, sobald er das diplomatische Spiel durchschaut hatte.

Die Arbeiterunruhen in Belgien.

Die Bewegung unter den Kohlenarbeitern des Bezirks von Charleroi ist beendet. Eine andere Frage aber ist es, ob die augenblicklich in Blut erstickte Flamme nicht in Wäldern wieder auslodert. Hunger und Elend waren die Veranlassung der Bewegung, und es ist nichts geschehen, diese Ursachen zu beseitigen. Die Geschäftsstockungen, welche der Cäsarsimus in Frankreich und Preußen über Europa gebracht hat, dauern fort, und da die Löhne nicht ausreichen, so bleibt dem Proletariat in den großen Kohlenbecken von Belgien nichts übrig, als sein Brod zu erbetteln. Denn Credit giebt es für dasselbe nicht. Die Arbeiterbevölkerung der großen Städte ist nicht besser daran. Noch hat sie sich ruhig verhalten. Kommt es aber zu neuen Bewegungen, und die Befürchtung liegt um so näher, als sich zu Chatelineau der Zwiespalt zwischen den Patronen und den Kohlenarbeitern mehr und mehr verbittert, so ist die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß an die Stelle vereinzelter Gemeuten die Revolution tritt. Die ganze Verantwortlichkeit dafür trifft die Regierung.

Die Unordnungen in Charleroi wurden nach den belgischen Zeitungen seit Monaten vorausgesehen; dennoch that die Regierung nichts, ihnen vorzubeugen, sondern hegte ihre Soldateska auf die Arbeiter, als deren Verzweiflung aufs Höchste gestiegen war, und statt die allein schuldigen Patrone zur Rechenschaft zu ziehen, stellt sie die Arbeiter als Ruhestörer vor Gericht.

Der größte Theil der Kohlen des Beckens von Charleroi ist nur für die Metallurgie, d. h. Eisenhämmer und Hochöfen brauchbar. Die Besitzer der Gruben bildeten eine Coalition, um den Preis ihrer Kohlen hinaufzutreiben. Dadurch wurden die Eisensabrikanten gezwungen, ihre Kohlen vom Auslande zu beziehen und, um keinen Preissteigerungen ausgesetzt zu werden, schlossen sie auf mehrere Jahre Contrakte ab. Um diesen durch ihre Habsucht veranlaßten Ausfall zu decken, griffen die Patrone zu dem beliebten Mittel, den Lohn der Arbeiter zu erniedrigen. Der Arbeitslohn wurde plötzlich um 10 Procent herabgesetzt.

In Arsimont trieben es die Patrone noch ärger. Sie setzten den Lohn gleich um 30 Procent herunter und beschränkten die Arbeitszeit auf 4 Tage in der Woche. Das hieß die Arbeiter geradezu zum Hungertode verurtheilen. Als sie erklärten, daß sie unter diesen Bedingungen nicht weiter arbeiten würden, erschienen sofort Gensdarmen und der Staatsanwalt und nahmen unter den Arbeitern Verhaftungen vor.

Der Polizei unmittelbar auf dem Fuße folgten Soldaten, welche ohne Weiteres auf die mitsammt von der Grube heimkehrenden Arbeiter einhieben. Diese, von denen mehrere verwundet wurden, flüchteten in die Felder, in die Keller und auf die Böden der Häuser, wo sie sich bis zur Dunkelheit versteckt hielten.

Man sieht, daß die Grubenbesitzer aus den Ereignissen in Charleroi gelernt und ihre Maßregeln im Voraus getroffen hatten.

Die Vorgänge in dem Becken von Charleroi stellen die Rechts- und Schutzlosigkeit der Arbeiter gegenüber der Kapitalpartei in das grellste Licht. Der Arbeiter ist dem Kapital gegenüber vogelfrei. Betrug, Todtschlag und Mord werden von jeder Gesezgebung streng geahndet. Wenn aber der Arbeitgeber dem Arbeiter durch allerlei Listen seinen Lohn verkürzt; wenn er seine Verluste in Folge von falscher Speculation, Ueberproduktion und Geschäftsstockung auf ihn abwälzt und ihn langsam verhungern läßt; wenn er den Ausgenutzten endlich mit einem Fußtritt auf das Pflaster schleudert; dann ist das ganz in der Ordnung. Es giebt kein Gesez, welches einen Kaufmann zwänge, einem Zahlungsunfähigen Credit zu gewähren, oder einen Fabrikanten, seine Waare für den halben Werth zu verkaufen. Der Arbeiter muß aber stets seine Waare, d. h. seine Arbeitskraft, dem Arbeitgeber unter dem Preise verkaufen. Denn daß er bei normalen Verhältnissen 6 Tage arbeitet, während er nur für 4 oder 5 bezahlt wird, das ist ja die einzige Quelle des Kapitals. Alles Kapital ist nicht bezahlter Arbeitslohn. Treten schlechte Conjunctionen für den Fabrikanten ein, so muß der Arbeiter seine Arbeitskraft für jeden beliebigen Preis los schlagen, und weigert er sich, so wird er mit Säbeln und Bayonnetten dazu gezwungen. Jeden freien Gebrauch der Kräfte engt der Staat durch eine Unzahl von Polizeivorschriften ein. Aber dem Kapital ist jede Willkür gegen den Arbeiter gestattet. Gesezgebung, Polizei, Armee, die ganze Staatsgewalt steht dem Kapital zur freien Verfügung gegen den Arbeiter, und doch ist dieser es, welcher den Nationalreichtum schafft, den die Bourgeois fortwährend im Munde führen; ist dieser es, der direkt wie indirekt im Verhältniß die höchsten und meisten Steuern zahlt; ist er es, der die stehenden Heere ernährt und bildet, die ihm, dem eigenen Vater und Bruder, den Schädel spalten und die Kugel durch die Brust jagen wenn er — sich auflehnt gegen die Staatsgewalt? nein! wenn er den gerechten Lohn für seine Arbeit fordert und sich weigert, da er doch einmal verhungern soll, auch noch mit seinem letzten Athemzuge den Patron durch unbezahlte Arbeit zu bereichern. Bedarf es noch eines Beweises, warum die Kapitalpartei aller Staaten, die Gothaer, die Nationalliberalen und wie sie sich sonst nennen mögen, die von den Arbeiten erzeugten Millionen den Regierungen so bereitwillig zur Vermehrung der stehenden Heere hingeben? Jeder Soldat, um welchen die stehenden Heere vermehrt werden, ist eine weitere Stütze der grenzenlos angewachsenen Macht des Kapitals.

Nur auf dem Wege der Gesezgebung kann der Schutzlosigkeit des Arbeiters ein Ende gemacht und die Kapitalgewalt, welche alle Staaten der Gegenwart auf den Boden der Anarchie stellt, beseitigt werden. Aber soll der Arbeiter, bis auch ihm endlich durch die Vertretung in den Kammern ein Einfluß auf die Gesezgebung zuerkannt und das Uebel mit der Wurzel ausgerottet ist, schutzlos der Willkür der Kapitalpartei überliefert bleiben? Der Herr Schulze aus Delitzsch antwortet auf diese Frage mit der Selbsthülfe des Arbeiters. Doch schon angesichts der Hungersnoth in Ostpreußen hat er eingesehen müssen, daß es Fälle gäbe, in denen sein Bour-

geiße so angenehmes Schönplästerchen nicht zu helfen vermag. Es wird von Niemand bestritten, daß es die Pflicht des Staates sei, bei einer Hungersnoth mit seiner Hülfe einzugreifen, und selbst die preußische Regierung hat trotz allen Sträubens diese Pflicht anerkannt. Ob die Hungersnoth ihren Grund in Mizernten oder Geschäftsstockungen wie denjenigen hat, welche die bereits 2 Jahre dauernden Kriegsdrohungen Frankreichs und Preußens über ganz Europa gebracht haben, das ist wahrlich in Bezug auf die Nothleidenden gleichgültig. Diesen zu helfen ist die erste, dringendste Pflicht für jede Regierung, die sich nicht in das eigne Fleisch schneiden will. Oder ist der Arbeiter etwa mehr schuld an den Geschäftskrisen als der Landmann an dem allgemeinen Mißwachs? Mit dergleichen Wehrlosigkeit wie dieser den Launen des Himmels, steht der Arbeiter dem Kapital gegenüber, welches sich vor der Kriegsgefahr versteckt und jede Industrie lähmt. Warum denn erkennt der Staat seine Verpflichtung an, dem Landmann in seinem Elende beizustehen und wüthet, wie die belgische Regierung in dem Kohlenbecken von Charleroi, mit Säbeln und Bajonetten gegen die ohne ihre Schuld hungernden Arbeiter? Hätte die Regierung der unausbleiblichen Noth vorgebeugt, oder, da sie diese Voraussicht nicht besaß, die Kohlenarbeiter in ihrem Elend unterstützt, es hätte weder in Charleroi, noch in Montigny, noch Arsimont die Staatshilfe von Pulver und Blei bereitwillig gewährte, hat sie ein schweres Unrecht und einen schweren politischen Fehler begangen. Sie hat die Last der Krisis von den Patronen, welche dieselbe doch leichter zu tragen vermögen, auf die am Hungertuche nagenden Arbeiter abgewälzt und den Keim zu ferneren Unruhen und zu Emeuten gepflanzt. Die Verzweiflung kennt keine Furcht.

Darin liegt aber eben die große Bedeutung der Vorgänge in dem belgischen Kohlenbecken, daß sie, die völlige Gewissenlosigkeit und Entfittlichung der Arbeitgeber aufdeckend, den Grund bloßlegen, weshalb die Kapitalpartei stets ein solches Zetergeschrei gegen die Staatshilfe erhebt. Stände dem Arbeiter die Staatshilfe zur Seite, so würde der Arbeitgeber die Krisen und Geschäftsstockungen nicht mehr benutzen können, um ersteren vollends in seine Gewalt zu bekommen und auf dessen Kosten zu leben. Liegt aber die Staatshilfe im Interesse der Arbeiter, so liegt sie nicht minder in dem der Regierung, wenn ihr wirklich darum zu thun ist, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten. Niemand leidet unter den Störungen der Ordnung mehr als die Arbeiter. Leider aber sind die Regierungen nur zu gewohnt, die Wirkungen für die Ursachen verantwortlich zu machen.

Zur Weberfrage.

Ein Vorschlag.

Dresden im April.

So schwer im Allgemeinen der Druck der derzeitigen Mißverhältnisse auf dem Arbeiterstande lastet, so ist es doch vor allen anderen eine Arbeiterklasse, die der Lohnweber, deren soziale und ökonomische Lage eine so gedrückte ist, daß sie sich von der der Ostpreußen gar nicht wesentlich unterscheidet.

Nicht nur, daß schon seit einer Reihe von Jahren die Webwarenindustrie in Folge des amerikanischen Krieges und der dadurch herbeigeführten Baumwollenkrisis, sowie des italienischen und Bismarck'schen Eroberungskrieges anhaltende Stockungen und äußerst schwere Schläge erlitten hat, die natürlich eine Reduktion der Arbeitslöhne auf das äußerste Mi-

nimum herbeiführen mußten, ist es auch im Laufe der Zeiten dem Kapitale gelungen, den Webern eine unbedingte Abhängigkeit zu bringen; und dem heftigen Ausbeutungssystem ist es zu danken, daß auch in besseren Zeiten der Lohnweber nicht im Stande war, sich aus im Verhältniß des Lebens von der Hand in den Mund herauszuarbeiten.

Da nun der Fabrikant dem Weber Material, Muster und alles Andere, zum Theil auch Werkzeug zur Arbeit giebt, so ist der Weber den Verfügungen des Arbeitgebers bedingungslos anheim gegeben, und welcher Art diese Verfügungen sind, haben die so oft veröffentlichten Klagen der Weber genügend dokumentirt.

Die natürliche Folge solcher drückenden Verhältnisse mußte nun die sein, daß die Weber nach Kräften bemüht waren und noch bemüht sind, sich aus dieser Lage herauszuarbeiten.

Leider konnten die bisher zu diesem Behufe gemachten Versuche nicht zu entsprechenden Resultaten führen, und zwar aus dem ganz natürlichen Grunde, weil die Kräfte dieser Leute nicht ausreichten, die sich ihrem Streben entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Bei der großen Anzahl der deutschen Weber ist es nun für den deutschen Arbeiterstand von ganz besonderer Wichtigkeit, daß dieser Arbeiterklasse geholfen werde, und darum sei es hier versucht, einige Mittel vorzuschlagen, durch welche dies geschehen kann.

Zunächst ist es das Interesse und die Pflicht der Weber, hierzu insofern die Initiative zu ergreifen, daß sie an allen Orten Weber-Vereine bilden und diese wieder zu einem Ganzen vereinigen und organisiren.

Wenn nun auch eine bedeutende Anzahl von Webern in Arbeiter- und demokratischen Vereinen verbündet ist, so kann eine solche Art der Verbündung nicht zu obigem Zwecke genügen; denn da in diesen Vereinen verschiedene Berufsclassen vertreten sind, so können sie nicht das Interesse einer derselben ausschließlich im Auge haben, sondern müssen ihren Wirkungskreis auf alle auszudehnen versuchen, und ihre Zeit und Kräfte vertheilen, was dem angebotenen Zwecke nicht entsprechen kann.

Die Aufgabe dieser Weber-Vereine muß es vor Allem sein, Klarheit über die Lage, deren Ursachen und die Mittel zur Abhilfe in den Berufsgenossen zu erziehen, sowie gemeinsames Vorgehen, wo dies nöthig, herbeizuführen. Diese Weber-Vereine müssen sich nun wieder zu einem Bunde vereinigen und diesen so organisiren, daß die deutschen Weber eine festgeschlossene und somit achtungsgebietende Macht werden. Nur so wird es möglich werden, daß sich die nöthige Aufklärung über die gesammte Berufsclassen verbreite und diese mit Nachdruck ihr Interesse wahre, wo dies nöthig ist.

Mag nun auch die Gründung einer solchen Organisation mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft sein, so dürfen diese durchaus nicht zurückschreckend wirken. Der Cigarrenarbeiter-Verein ist ein eklatanter Beweis für die Möglichkeit der Ausföhrung eines solchen Unternehmens, wie dieser gewiß auch bereit ist, in Mittheilung seiner Erfahrungen und durch guten Rath die Sache zu fördern.

Nur vermeide man es bei Gründung solcher Vereine, den Beitritt durch hohe Steuern oder Eintrittsgelder zu erschweren, sondern man bedenke, daß nur in Massentheilnahme die Bürgschaft für eine kräftige Wirkung gegeben ist, und daß die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Verbindung für den Anfang nur eine moralische, einigende und aufklärende sein kann, dagegen für eine zu wünschende Thätigkeit auf finanziellem Gebiete die Kräfte nicht im Entferntesten ausreichen.

Die nächste Aufgabe dieser Vereine muß, nach Lösung der ersten, die sein, ihre Mitglieder aus der Abhängigkeit vom

Kapitalisten zu befreien und sie geschäftlich selbstständig zu machen.

Hierbei muß ich nun nochmals darauf aufmerksam machen, daß das Material, Muster u., welches der Weber verarbeitet, nicht ihm, sondern dem Arbeitgeber gehört, und daß er (der Weber) somit kein Eigenthumsrecht an der fertigen Waare hat. Er kann daher bei zu geringem Lohne, Abzügen oder sonstigen Qualereien nicht über die Waare nach seinem Gutdünken verfügen, sondern muß eben damit zufrieden sein, was er erhält.

Man hat nun zwar vorgeschlagen, die Weber sollten mittelst der Affoziation das zu verarbeitende Material selbst beschaffen und damit nach den Aufträgen der Fabrikanten die Waaren arbeiten. Aber abgesehen davon, daß zu einer solchen Einrichtung ein Kapital erforderlich ist, wie dieß die ausgelegten Weber nicht ausbringen können, ist es auch vorauszuweisen, daß die Fabrikanten nicht darauf eingehen; und auch dann, wenn sie es ja thäten, könnte sie Niemand zwingen, zu kaufen, wenn ihnen Waare oder Preise nicht conveniren, wodurch dann der Weber oft gezwungen sein würde, sich anderweit Käufer für seine Waaren zu suchen.

Nur mit der selbstständigen Produktion und dem Vertrieb seiner Erzeugnisse kann er die Mängel beseitigen, die sich ihm jetzt so sehr fühlbar machen, natürlich nur mittelst der Zusammenfassung der vielen vereinzelt, an sich zu schwachen Kräfte zu einem Ganzen.

Nun ist aber der Geschäftsbetrieb in der Webwaarenbranche, und vorzüglich in der Baumwollenindustrie, ein so großartiger und complicirter, weil zumeist für den Export berechnet, daß ebensowohl ein bedeutendes Kapital, als ausgebildete Geschäftskennntniß dazu erforderlich ist, wie diese die Arbeiter nicht so leicht besitzen. Unmöglich kann eine Vereinigung von Lohnwebern alle die zeitraubenden und kostspieligen Manipulationen vornehmen, die das Exportgeschäft bedingt, bevor es Gewinn, der immerhin noch nicht gesichert ist, bringen kann.

Wenn auch in geringerem Maße, ist auch der Geschäftsbetrieb für den Bedarf im Inlande mit Schwierigkeiten verbunden. Die außerordentliche Konkurrenz macht eine Eleganz und Reklame nöthig, die den Gewinn zum großen Theile absorbiert. Wie nun aus Vorstehendem zur Genüge hervorgeht, ist es den Webern mit ihren geringen Mitteln nicht möglich, den Kampf mit dem Kapital aufzunehmen; dagegen kann die produktive Vereinigung sehr wohl gedeihen, wenn die anderen Arbeiterklassen insofern ihre helfende Hand bieten, als sie ihren Bedarf in Webstoffen ausschließlich nur von solchen Vereinigungen entnehmen. Jeder Arbeiter braucht doch für sich und eventuell für seine Familie Kleidung, Wäsche u., und ist auch der Bedarf des Einzelnen ein geringer, so wird dieß durch die große Zahl der Arbeiter vollständig aufgewogen.

Ich bin überzeugt, daß, wenn alle Arbeiter einander in dieser Weise berücksichtigten, die Lage des Arbeiters eine ganz andere sein würde.

Warum sollen nicht auch wir in unserem Interesse Mittel gebrauchen, die die Adels- und Geldaristokratie in so ausgedehntem Maße in Anwendung bringen, und zwar mit so außerordentlichem Erfolg?

Für den Anfang dürfte es wohl genügen, wenn die verschiedenen Vereinigungen der Arbeiter (Arbeiterbildungsvereine, A. D. Arbeiterverein, Gesammvereine, Volksverein) sich Proben von Waaren kommen lassen, nach denen die Bedürftigen ihre Bestellungen machen; und um die Correspondenz, Versendung zu vereinfachen und billiger zu machen, würde eine vom Centralvorstand der Webervereine zu leitende Bestell- und Verpackungs-

stalt, wie diese die Buchhändler haben, von wesentlichem Nutzen sein.

Vor Allem ist es nun Sache der Weber-Vereine, für Muster und deren Versendung, was doch beides nicht viel Kosten verursacht, zu sorgen und sich so einzurichten, daß sie eingehende Bestellungen in gewünschter Weise ausführen können, bis dahin mögen die Weber in gewohnter Weise fortarbeiten.

Gewiß findet sich in jedem Arbeitervereine, sei er deutsch oder allgemein-deutsch, ein Freund, der die Vermittelung von Aufträgen übernimmt, wie es auch in allen Weberorten gediegene Weber giebt, die zur Leitung der Produktion befähigt sind. Wenn nun auch im Anfange der Verkehr ein geringer sein wird, so ist doch schon viel gewonnen, wenn nur Diejenigen Beschäftigung finden, die wegen ihrer Thätigkeit im Interesse ihrer Leidensgenossen gemäßigelt und im Broderwerb gestört werden, damit sie nicht vom Gebote der Nothwendigkeit zum Schweigen verdammt werden.

Das Beispiel der Berliner Cigarrenarbeiter kann auch hier als Beweis dienen, daß sich die Arbeiter viel helfen können, wenn sie gegenseitig für einander einstehen.

Wie die Erkenntniß von der Solidarität der Arbeiterinteressen die festeste Grundlage für die Lösung der Arbeiterfrage sein muß, so wird auch sie es sein, die den gedrückten Webern die Schaffung einer freundlichen Zukunft ermöglicht, und so ist es auch Aufgabe der Weber-Vereine, für die Verbreitung dieser Erkenntniß inner- und außerhalb ihrer Reihen thätig zu sein.

Ein weiteres und eben so wichtiges Mittel zur Lösung der Weberfrage ist die thätigste und regste Theilnahme der Weber-Vereine an der Lösung der Arbeiterfrage im Allgemeinen.

Bei der Theilnahme, die die Weber der Lösung der sozial-politischen Fragen bereits gewidmet haben, brauche ich über die Bedeutung dieser Fragen kein Wort zu verlieren und erinnere nur daran, wie außerordentlich leicht es den Webern sein würde, auf der Basis der Staatshülfe des sozial-demokratischen Staates ihre geschäftliche Selbstständigkeit weiter zu bauen, und sich so ein besseres Loos zu schaffen.

So glaube ich in Vorstehendem einen Weg gezeigt zu haben, auf dem die Weber ihrem längst ersehnten Ziele entgegengehen können, und bitte ich die Weber, denen mein Vorschlag zu Gesicht kommt, denselben schnellstens in Erwägung zu ziehen und nach Befinden mit Energie an's Werk zu gehen, wie ich auch alle anderen Corporationen von Arbeitern ersuche, dem Vorstehenden einige Aufmerksamkeit zu schenken und ihren Leidensgefährten, den Webern, die helfende Bruderhand zu reichen.

Aus England.

London, den 27. April.

Die protestantischen Finsterlinge bieten Alles auf, den Demonstrationen, welche zu Gunsten der Abschaffung der irischen Staatskirche gemacht werden, entgegenzuarbeiten; aber vergebens. Nicht einmal Birmingham, wo gegen Ende des vorigen Jahrhunderts sich der Mob bestimmen ließ, das Haus des Dr. Priestley durch Feuer zu zerstören; weil er die von der Staatskirche dekretirte Dreieinigkeit verwarf und mit den französischen Freidenkern sympathisirte; dasselbe Birmingham; das noch vor wenigen Monaten einen Mob aufbringen konnte, um eine Demonstration zu Gunsten der in Manchester hingeleiteten Fenier zu verhindern, kann einen Mob zu Gunsten der irischen Kirche zusammentrommeln. Die Finsterlinge nehmen daher zu allerhand Lügen ihre Zuflucht; auch das hilft

nichts. Ein anonymes Brieffschreiber hatte im „Standard“ aus-
geprengt, daß Gladstone ein Bündniß mit dem Papst abge-
schlossen, um die römisch-katholische Kirche wieder zur herrschen-
den im britischen Königreich zu machen, und daß die Abschaf-
fung der irischen Staatskirche nur der Anfang des Spiels sein
sollte. Aber Alles bleibt ohne die erwünschte Wirkung. Da-
gegen erhebt sich keine Stimme aus dem Publikum darüber,
daß die Aristokratie 5,000,000 Pfd. St. vergeudet, um einige
Proselytenmacher in Abyssinien zu befreien. Eine von der
Regierung eingebrachte Bill, die englische Festlichkeit des öffent-
lichen Hängens von Mördern abzuschaffen, ist durchgegangen.
Ein Quäker, der schon seit Jahren in jeder Session die Ab-
schaffung der Todesstrafe vorgeschlagen, benutzte die Gelegen-
heit, ein Amendement zur Abschaffung der Todesstrafe einzu-
bringen. Er konnte nur 23 Stimmen für seinen Vorschlag
erlangen. Stuart Mill, der große Freidenker, rechtfertigte
die Todesstrafe als abschreckendes Beispiel und stimmte mit der
Regierung.

Die Kohlengräber von Wigan, in Lancashire, haben so
lange Krakeel gemacht, bis Minen-Besitzer, Polizei und schwarze
Schafe des Spiels überdrüssig geworden, und die aus der
Ferne bezogenen Arbeiter nach Hause geschickt worden sind.
Die Hüttenbesitzer von Staffordshire verweigern jede Konzession.
Bisher bestanden zwei Hauptgesellschaften unter den Arbeitern,
die eine in den nördlichen, die andere in den südlichen Graf-
schaften. Seit einigen Jahren arbeitete der Präsident der
nördlichen Gesellschaft daran, beide in eine große Union zu
verschmelzen, aber ohne Erfolg. Was aber nicht durch ein-
faches Zureden erreicht werden konnte, haben die Umstände
bewirkt. Die vorgeschlagene Lohnherabsetzung hat die Führer
zur Besinnung gebracht: auf der letzten Konferenz wurde be-
schlossen, beide Gesellschaften in eine einzige zu vereinigen.

Vor etwa drei Jahren erklärte John Bright auf der
Tribüne der Handelskammer in Birmingham, daß für die
Eisengewerbe dieser Stadt keine Fabrikgesetze nöthig seien.
Der kürzlich veröffentlichte erste Bericht der Birminghamer
Schulbildungs-Gesellschaft konstatirt, als unbestreitbare That-
sache, daß in den besagten Eisengewerben, die nach der Be-
hauptung des großen Reformators Bright keine Fabrikgesetze
bedürfen, nicht weniger als 103,472 Kinder, unter 13 Jahren,
arbeiten müssen, um ihr Leben zu fristen. Die Birminghamer
Waaren heißen auf englisch hard-wares — harte Waaren —,
es sind Metallwaaren, also keine Spielerei für zarte Finger.
Von diesen 103,472 Kindern sind 55,293 Mädchen und
48,179 Knaben; darunter sind 17,135 Mädchen und 15,145
Knaben, die nie das Innere einer Schule gesehen haben.
Wie es mit denen steht, welche Schulen besucht haben, läßt
sich leicht errathen. Welchen Unterschied müssen die Fabrikgesetze
hier hervorbringen? Die Fabrikgesetze bestimmen: erstens, daß
kein Kind unter 8 Jahren beschäftigt werde; zweitens, daß
kein Kind beschäftigt werde, das nicht an den verschiedenen
Wochentagen gewisse Stunden in die Schule geht, und drittens,
daß kein Kind an irgend einem Tage mehr als 6 Stunden
arbeite. Der Hauptgrundsatz der modernen bürgerlichen Defo-
nomie ist: „kauft auf dem billigsten und verkauft
auf dem theuersten Markt.“ Der Feuerzange sieht man
es auf dem Weltmarkt nicht an, wer sie gemacht hat, ob ein
Kind darüber geweint oder eine erwachsene Person gesungen
hat. Profit ist der Zweck der modernen Produktion. Wenn
ein Kind in 12 Stunden eine Arbeit verrichten kann für einen
Penny, die ein Jüngling in nicht weniger als 8 Stunden für

zwei Pence und eine erwachsene Person in 6 Stunden für
drei Pence verrichten kann, so liegt es im Interesse des Kapi-
talistens, so viel wie möglich Kinder, und die Kinder so lange
wie möglich zu beschäftigen. Die Kapitalisten protestiren täg-
lich und stündlich gegen jedwede Einmischung von Seiten der
Arbeiter in die Geschäftsführung. Die Arbeiter sind stimm-
und willenslose Werkzeuge der Produktion; sie existiren nur,
um der Kapitalistenklasse den Reingewinn zu produziren. Die
Fabrikgesetze sind Einmischungen, welche den Reingewinn be-
einträchtigen: zum Teufel daher, mit den Fabrikgesetzen! Aber
ich bin noch nicht fertig mit Birmingham. Die guten Leute,
die ebenfalls vom Reingewinn leben, aber noch nicht ganz
von der modernen Dekonomie durchdrungen sind, haben es
nicht beim Schulunterricht bewenden lassen; sie sind einen
Schritt weiter gegangen und haben sich erkundigt, wie das
arme Volk lebt? Von 15,847 Familien, denen Besuche ab-
gestattet wurden, verdient in nur drei Vierteln der arbeitende
Theil so viel, daß sie nicht positiv Noth leiden; 1,222 Fami-
lienhäupter sind ohne Beschäftigung, 1,587 sind Witwen oder
im Stich gelassene Weiber; in 2,811 Familien reicht das Ein-
kommen selbst nicht für die allernöthigsten Lebensbedürfnisse
aus; dennoch ist Birmingham eine blühende und eine reiche
Stadt. Der Profit blüht, die Kapitalisten sind reich, die Ar-
beiter darben, die Kinder müssen sich plagen, Profit für die
Kapitalisten zu machen, anstatt in die Schule zu gehen und
zu spielen. Die Birminghamer Arbeiter haben wirklich Ursache,
dem großen Weltverbesserer Bright, der die Birminghamer
Kapitalisten im Parlament vertritt, einen Arbeiter-Beretreter an
die Seite zu stellen.

Vermischtes.

Zahlen sind die besten Geschichtsschreiber. Leroy-Beaulieu
hat in der „Revue nationale“ die Verluste von Menschen und
Geld berechnet, welche Politik und Diplomatie der alten und
neuen Welt während der letzten 15 Jahre verursacht haben.

In den Schlachten getödtet, oder an ihren Wunden ge-
storben:

In der Krim	748,991	Menschen
„ Italien	45,000	„
„ Schleswig-Holstein	3,500	„
„ Nordamerika	281,000	„
„ Südamerika	519,000	„
„ Deutschland 1866	45,000	„
„ Asien u. Afrika	65,000	„

1,743,491 Menschen.

Kosten:

Der Krimkrieg	8 Milliarden	500 Millionen	Frankf.
Der italienische Krieg	1	500	„
Krieg in Schleswig-Holstein	—	180	„
„ Nordamerika	23	500	„
„ Südamerika	11	500	„
„ von 1866	1	650	„
Kriege in Asien u. Afrika	1	—	„

47 Milliarden 830 Millionen Frankf.

Den Frank zu 8 Sgr. gerechnet, macht 12,768 Millio-
nen Thaler.